Vorabend-Blatt

65. Jahrgang. № 102. Mittwoch, 2. März 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Kein Nachgeben des Verbandes.

Die Berichte der alliierten Sachverständigen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 1. März. „Temps", „Matin" und „Journal" bringen am Sonntag gleichlautende Londoner Telegramme, wonach die alliierten Sachverständigen am Sonnabend ihren Bericht für die Deutschen fertiggestellt haben, der zu dem Schlußsatz gelangt: Die Sachverständigen der Entente könnten ihren Regierungen keine Herabsetzung der Gesamthöhe der Zahlungsforderungen vorschlagen.

Amsterdam, 1. März. „Telegraph" meldet, der Bericht der alliierten Sachverständigen werde den Deutschen auch in London nicht vorgelegt werden, dagegen werde man den Deutschen alle jene Berichte zugängig machen, die die Zahlungsfähigkeit Deutschlands beweisen sollen. Die Konferenz wird voraussichtlich schneller zu Ende gehen, da die französischen Minister am 10. März wieder in Paris sein müssen.

London, 28. Febr. Die meisten Blätter erklären, daß die in Chequers am Sonntag gepflogenen Beratungen unter den Alliierten den Beschluß zur Folge gehabt hätten, der deutschen Delegation gegenüber eine feste Haltung einzunehmen und keine beträchtlichen Zugeständnisse zu gewähren. Gestern abend fand in Chequers eine nichtformelle Konferenz statt, auf der Marschall Foch und General Weygand die militärischen Einzelheiten der französischen Vorschläge zur Erzwingung der Bezahlung darlegten für den Fall, daß Deutschland sich weigern sollte, den Forderungen der Alliierten stattzugeben. Lloyd George und Briand hätten beschlossen, bei der Erzwingung der Bezahlung Schulter an Schulter zu stehen, und obgleich sie bereit seien, die Argumente und Vorschläge des deutschen Außenministers anzuhören, in Anbetracht der endgültigen Informationen, über die sie verfügten, keinerlei beträchtliche Konzessionen zuzugestehen. Die Alliierten seien nicht im mindesten bereit, die Forderung des zwölfprozentigen Ausfuhrzolles fallen zu lassen. (W. T. B.)

Köln, 1. März. Die Londoner „Times" meldet: Die alliierten Botschafter in Berlin sind nach London berufen worden. Im englischen Kabinett wird die Lage dahin beurteilt, daß dieses Mal mit den Deutschen Schluß gemacht werden soll. Gegen ein weiteres Zugeständnis an Deutschland hätte sich auch die Konferenz der englischen Dominions am 26. v. M. erklärt.

Die Absichten Fochs.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 1. März. Havas meldet zur Berufung des Marschalls Foch nach London: Es ist beabsichtigt, im Falle der deutschen Weigerung ein Vorrücken auf bayrisches Gebiet einzuleiten im Anschluß an die Besetzung des Ruhrreviers. — Der „Matin" meldet aus London: Foch hatte eine längere Besprechung mit dem englischen General Wilson, die die englische Zustimmung zu den strategischen eventualen Maßnahmen Frankreichs gebracht hat.

Genf, 1. März. Der Schweizer Presse Telegraph meldet aus Paris: Der Jahrgang 1899 wird bis 15. Mai unter den Fahnen belassen. Der Kriegsminister hat ferner einen Erlaß herausgegeben, der die Urlaube in den besetzten Gebieten bis 30. März untersagt.

London, 28. Febr. Der diplomatische Mitarbeiter des „Evening Standard" schreibt zur Londoner Konferenz: Wenn die Deutschen sich weigern sollten, die Forderungen der Alliierten anzunehmen, so werde eine starke alliierte Truppenmacht sofort ein bestimmtes Gebiet, wahrscheinlich das Ruhrgebiet, besetzen. Im Rheinlande würden sofort Maßnahmen ergriffen werden, um Werte einzutreiben. Andere Strafen würden außerdem sofort verhängt werden. (W. T. B.)

Militärische Konferenz in London.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Basel, 1. März. Die „Daily News" meldet: Am Montag traten sämtliche in London amtierende militärische Sachverständige der Alliierten zu einer neuen Konferenz zusammen. Wie verlautet, sei hierbei in der Frage des Einmarsches in deutsches Reichsgebiet noch keine völlige Uebereinstimmung unter dem Militär erzielt. Die englischen Generäle Wilson und Bingham haben sich grundsätzlich gegen eine Erweiterung der Besetzung deutscher Landgebiete ausgesprochen.

Paris, 1. März. Pertinax, der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" in London, sagt, unglücklicherweise sei es gestattet festzustellen, daß die alliierten Minister sich heute mit den Vertretern der deutschen Regierung begegnen, ohne sich über die Zwangsmaßnahmen geeinigt zu haben. Aus diesem Grunde sei auch beschlossen worden, heute nur Dr. Simons sprechen zu lassen, die Antwort aber, die Lloyd George geben will, auf morgen zu verlagen. Von englischer Seite wird Artikel 233 des Friedensvertrages so ausgelegt, daß Deutschland vor dem 1. Mai 1921 eine Regelung in der Reparationsfrage nicht aufgezwungen werden könne. (W. T. B.)

Die Sanktionen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 1. März. Wenn eine Meldung des „Matin" zutrifft, ist die gestern in Chequers eingesetzte Kommission der Alliierten beauftragt worden, nachzuprüfen, ob der Friedensvertrag eine Anwendung der Sanktionen vor dem 1. Mai zulassen würde. Daraus läßt sich schließen, daß mindestens ein Teil der Alliierten dies verneint.

Rotterdam, 1. März. Der „Soir" meldet: Die belgische Delegation für London verlangt in den Verhandlungen mit den Deutschen den Verzicht Deutschlands auf neue Einsprüche gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages.

Ausbildung des französischen Flugwesens.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Basel, 1. März. „Petit Journal" meldet: In der Senatskommission für Flugwesen wurde bei einer am Sonntag stattgefundenen Flugzeugbesichtigung bei Paris von französischer Regierungsseite erklärt, daß eine neuartige und großzügige Organisation des Flugwesens in Frankreich gegenwärtig erfolge. Insbesondere werde sich diese Organisation auch auf das militärische Gebiet beziehen. Eine große Anzahl neuer ständiger Flugstationen wird in Elsaß-Lothringen errichtet, ferner ist ein Ausbau des Lufttransportwesens ausersehen.

Ein französisches Urteil über den U.-Boot-Krieg.

Das offizielle Organ des französischen Marineministeriums, die „Revue Militaire", macht in einem Artikel aufsehenerregende Erklärungen: der deutsche U.-Boot-Krieg sei vollkommen gerechtfertigt, und das Gegenteil zu behaupten, sei nicht nur falsch, sondern schaffe auch ein durchaus unzutreffendes Bild vom militärischen Standpunkte aus. Es müsse mit dem Glauben aufgeräumt werden, daß der Gebrauch der U.-Boot-Waffe durch die Deutschen mit den Gebräuchen des internationalen Kriegsrechtes nicht zu vereinbaren gewesen sei.

Das schwankende englische Kabinett.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 1. März. Wie der Londoner Korrespondent des „Neuyorker Herald" meldet werden von Lord Cecil und Lord Derby im geheimen ernste Schritte unternommen, um Lloyd Georges Koalitionskabinett zu stürzen. Die Gelegenheit soll sich dazu vielleicht in der nächsten Woche bieten, wenn das irische Verwaltungsgesetz veröffentlicht wird. Lord Derby soll in letzter Zeit wiederholt ersucht worden sein, in das Koalitionskabinett wieder einzutreten, habe dies aber abgelehnt.

Der Kabelkonflikt.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Washington, 1. März. Die Wilson-Regierung und der Senat haben erkannt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Japan ein aussichtsloser Streit um die Insel Yap und die Kabel geführt wird, der durch Verhandlungen nicht mehr zu beseitigen ist. Von der Harding-Regierung verlautet, daß sie die Frage dem Völkerbund vorlegen und von dessen Entscheidung Amerikas Stellungnahme zum Völkerbund abhängig machen will. Der Streit um die Insel Yap ist ganz besonders wichtig, weil gemeldet wird, daß Japan bereits dabei ist, die Inseln rund um Yap in Seefestungen nach dem Muster Helgolands auszubauen.

Krieg zwischen Panama und Costarica.

Panama, 28. Febr. (Ntb.-Tel.) Die Feindseligkeiten zwischen den Streitkräften der Republiken Panama und Costarica sind eröffnet worden. Eine formelle Kriegserklärung ist noch nicht erfolgt.

Washington, 1. März. (Reutermeldung.) Nach einer Mitteilung des Militärattachés von Panama ist der Krieg der zwischen Panama und Costarica gedroht hat, anscheinend infolge der Kapitulation der Truppen von Costarica in Coto vermieden worden. (W. T. B.)

Der Aufstand in der Ukraine.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Basel, 1. März. Die Moskauer „Prawda" meldet: Die Sowjet-Regierung habe den General Podwoiskn zum Oberbefehlshaber einer gegen das ukrainische Aufstandsgebiet bestimmten Sowjet-Armee ernannt. Der bolschewistische General hat den Befehl erteilt, alle von der Gegenrevolution ergriffenen Ortschaften der Ukraine dem Erdboden gleich zu machen.

Bestätigung der Einnahme von Tiflis.

Paris, 28. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel wird die Einnahme von Tiflis durch die Roten Truppen bestätigt. Die Regierung, die Verwaltungen und die fremden Kolonien haben sich nach Batum und Kutai zurückgezogen. Die Truppen Georgiens haben zwischen Gari und Suchum eine Niederlage erlitten. Die Stadt Poti ist bedroht. (W. T. B.)

Griechische Kundgebungen für den Vertrag von Sevres.

Paris, 28. Febr. Nach einer Londoner Meldung des „Journal des Débats" haben im Piräus, in Athen und Smyrna große Kundgebungen stattgefunden. Die Teilnehmer hätten die Verpflichtung übernommen, mit ihrem Blute alle Rechte zu verteidigen, die der Friedensvertrag von Sevres Griechenland zuspreche. (W. T. B.)

Belgrad, 1. März. Die „Tribuna" meldet aus Konstantinopel, daß dort viele Alliierten-Truppen angekommen seien und zwar 40000 Engländer und je 12000 Franzosen und Italiener. Es wird angenommen, daß anläßlich der Orientkonferenz auf die Türkei ein Druck ausgeübt werden soll.

Lohnabbau in England.

London, 1. März. Im Hinblick auf die bedeutende Baisse der Eisen- und Stahlpreise haben die Bergarbeiter von Cleveland sich mit einer Herabsetzung der Löhne um 2 Schilling täglich einverstanden erklärt. (W. T. B.)

Die Bewirtschaftung der neuen Getreide-Ernte.

Von Ober-Regierungsrat Arno Nensch, Leiter der Landesgetreidestelle.

Vor einigen Tagen sind die Ernährungsminister der Einzelstaaten in München zusammengetroffen, um unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes eingehend über die Bewirtschaftung der neuen Getreide-Ernte zu beraten. Derartige Zusammenkünfte haben schon wiederholt stattgefunden. Ihr Wert liegt darin, daß die leitenden Beamten des Ernährungswesens im Reiche und allen einzelnen Ländern Gelegenheit haben, sich kennen zu lernen und in persönlichem Meinungs- und Erfahrungsaustausch die Grundlinien der Ernährungspolitik durchzuberaten. Außerdem erleichtern sie die Möglichkeit, die stets vorhandenen Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern — vor allem zwischen Ueberschuß- und Bedarfsgegenden — zu besprechen und auszugleichen. Zu entscheiden haben diese Konferenzen nicht; dies tun vielmehr die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften: Reichstag und Reichsrat.

Die Münchner Konferenz war von besonderer Wichtigkeit um deswillen, weil die Bewirtschaftung der neuen Brotgetreide-Ernte im kommenden Wirtschaftsjahre beraten wurde. Man mußte sich gegenüber den Darlegungen der verantwortlichen Reichsstellen davon überzeugen, daß die Zwangswirtschaft in ihrer bisherigen Form nicht weiter aufrechterhalten werden kann. Denn im gegenwärtigen Wirtschaftsjahre haben sich die aus der Inlandsernte erfaßten Getreidemengen gegenüber dem Vorjahre erheblich vermindert, und außerdem droht die landwirtschaftliche Erzeugung noch weiter zurückzugehen. Die sächsische Regierung gab lediglich dieser Zwangslage nach, wenn sie einer Veränderung des Wirtschaftssystems für Brotgetreide nicht widersprach. An und für sich ist für ein starkes Zuschußland, wie Sachsen, die Aufrechterhaltung dieses Systems noch wünschenswert. Auf keinen Fall ist im Interesse Sachsens, wie auch des ganzen Reiches, eine völlige Freigabe der Brotgetreidewirtschaft zurzeit möglich. Diesen Standpunkt teilte auch die Konferenz. Denn die Inlandsernte steht hinter dem Inlandsbedarf so stark zurück, daß wir auf erhebliche Auslandszufuhr von Getreide nicht verzichten können. Diese Auslandszufuhr ist aber ein zu unsicherer Faktor in der Inlandsernährung, solange der Markkurs so niedrig steht und seine Schwankungen fortgehen wie bisher. Wollte man jetzt freie Getreidewirtschaft herstellen, so würde überdies die Bevölkerung der Ueberschußländer billiges Inlandsbrot haben, während die Bevölkerung der industriellen Bedarfsgegenden infolge der Auslandszufuhr übermäßig hohe Brotpreise zahlen müßte.

Man muß also ein System wählen, das zwischen dem bisherigen und der freien Wirtschaft mitten inne steht. Als bestgeeignetes wurde das Umlageverfahren bezeichnet. Dem Landwirt soll die Ablieferung von 3½ bis 4 Doppelzentner Getreide auf den Hektar seiner gesamten Getreideanbaufläche auferlegt werden. Ueber den Rest kann er insofern frei verfügen, als es in seinem Belieben steht, wieviel er davon in seinem Betriebe verbrauchen und wieviel er verkaufen will. Ungelöst aber blieb vorläufig trotz eingehender Erörterung noch die außerordentlich wichtige Frage, ob er den Rest verkaufen kann, an wen er will, und zu welchem Preise er will. Die Verfechter dieser Art der Regelung stützen sich darauf, daß sie außerordentlich produktionsanreizend wirken und mit einem Schlage den Schleichhandel beseitigen würde. Es würde ja keine Vorschrift mehr bestehen, die den Handel mit Ueberschußgetreide verbietet. Gegenüber einer solchen Regelung erhoben sich aber starke Bedenken, und diese Bedenken wurden vor allem auch von den sächsischen Vertretern betont. Es ist nämlich zweifelhaft, ob es bei einer solchen Freigabe des Ueberschusses überhaupt noch möglich ist, das Umlagegetreide tatsächlich zu erfassen und also die Brotversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Vor allem würde eine Kontrolle der Landwirte, der Mühlen, der Bäcker dann fast unmöglich sein. Man würde zweierlei Getreide-, Brot- und Mehlpreise haben. Die Preise für das freie Getreide würden sich in einem sehr hohen Brotpreise ausdrücken. Es würde der großen Masse der Verbraucher sehr schwer werden, ihre Brotration durch Brot aus dem freien Ernteteile zu ergänzen. Mit Sachsen waren daher auch andere Länder der Meinung, daß man dem Landwirt den Ueberschußteil seiner Ernte wohl innerhalb seiner Wirtschaft zur völlig freien Verfügung lassen soll, daß er aber, wenn er nach Deckung seines Bedarfes das Getreide verkaufen will, es an die Reichsgetreidestelle abführen muß. Er würde in diesem Falle einen höheren Preis als für das Umlage-Getreide erhalten können, und zwar muß dieser Preis so hoch sein, daß er sich ausländische Futtermittel kaufen kann.

Viel besser als mit polizeilichen Maßnahmen würde man den Schleichhandel mit einer Erhöhung der Brotration bekämpfen können. Denn eine solche Erhöhung würde die Neigung der Bevölkerung vermindern, sich über das Maß der ausgegebenen Menge hinaus einzudecken. Für die Erhöhung ist deshalb auf der Konferenz Sachsen mit Nachdruck eingetreten. Wenn in Pressenotizen gesagt worden ist, daß dieser Antrag abgelehnt worden sei, so ist das unrichtig. Eine Entscheidung hierüber wird erst fallen, wenn feststeht, in welcher Weise der Ueberschußteil der Ernte bewirtschaftet werden wird. Wird nämlich dieser Teil von der Reichsgetreidestelle erfaßt, so hat sie größere Mengen billiges Inlandgetreide zur Verfügung und kann und wird infolgedessen die Brotration ohne weiteres auch erhöhen. Wird der Ueberschußteil aber freigelassen, so kann das Reich nur für eine geringere Menge Brot sorgen. Denn wenn der freie Teil der Ernte nicht erfaßt würde, so könnte das notwendige Getreide für eine höhere Brotration nur durch Einfuhr aus dem Auslande beschafft werden. Die Devisen für das Auslandsgetreide und die Verbilligungsgelder für das ausländische Mehl würde das Reich aber bei seiner jetzigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage schwerlich aufbringen können.

Auch die Frage der Preise für Getreide der Ernte 1921 wurde lebhaft erörtert. Die Reichsregierung vertritt den Standpunkt, daß die Festsetzung von Preisen